

Verordnung

vom 24. Januar 2017

Inkrafttreten:

01.03.2017

über den Kantonsanteil an der Abgeltung stationärer Leistungen

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf Artikel 49a des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG);

in Erwägung:

Gemäss Artikel 49a Abs. 2 KVG setzt der Kanton jeweils für das Kalenderjahr spätestens neun Monate vor dessen Beginn den für alle Kantonseinwohner geltenden kantonalen Anteil an der Abgeltung der stationären Leistungen fest. Der kantonale Anteil beträgt mindestens 55 %.

Auf Antrag der Direktion für Gesundheit und Soziales,

beschliesst:

Art. 1

Der Kantonsanteil an der Abgeltung von stationären Leistungen für Kantons-einwohnerinnen und -einwohner für das Jahr 2018 beträgt 55 %.

Art. 2

Diese Verordnung tritt am 1. März 2017 in Kraft und gilt bis 31. Dezember 2018.

Der Präsident:

M. ROPRAZ

Die Kanzlerin:

D. GAGNAUX-MOREL